

Abschrift

## Landgericht Hamburg

Az.: 306 S 30/13

915 C 527/12

AG Hamburg-St. Georg

Verkündet am 13.09.2013

Brügge, Justizobersekretärin  
Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle



## Urteil

### IM NAMEN DES VOLKES

In der Sache

**Ochsendorf & Coll. PartG.**, vertreten durch den Partner JUDr. Frank Ochsendorf, Antonio Durán Munoz, Grellstraße 36, 22529 Hamburg

- Klägerin und Berufungsbeklagte -

Prozessbevollmächtigte:

Rechtsanwälte **Ochsendorf & Coll.**, Grellstraße 36, 22529 Hamburg, Gz.: 20767/11/GS

gegen

- Beklagte und Berufungsklägerin -

Prozessbevollmächtigte:

erkennt das Landgericht Hamburg - Zivilkammer 6 - durch den Vorsitzenden Richter am Landgericht Becker, den Richter am Landgericht Petzold und den Richter am Landgericht Kettelhut auf Grund der mündlichen Verhandlung vom 21.08.2013 für Recht:

1. Die Berufung der Beklagten gegen das Urteil des Amtsgerichts Hamburg-St. Georg vom 07.03.2013, Az. 915 C 527/12, wird zurückgewiesen.
2. Die Beklagte hat die Kosten des Berufungsverfahrens zu tragen.
3. Das Urteil ist vorläufig vollstreckbar.

## Beschluss:

Der Streitwert für das Berufungsverfahren wird auf 899,40 € festgesetzt.

## Gründe:

I.

Wegen der tatsächlichen Feststellungen wird gemäß § 540 Abs. 1 Ziff. 1 ZPO auf das angefochtene Urteil des Amtsgerichts Hamburg-St. Georg vom 07.03.2013 (915 C 527/12) Bezug genommen.

II.

Die Berufung der Beklagten hat in der Sache keinen Erfolg.

Zu Recht und mit einer im Ergebnis auch zutreffenden Begründung hat das Amtsgericht Hamburg-St. Georg einen Anspruch der Klägerin auf Zahlung der Kosten für deren vorprozessuale Tätigkeit aus dem auf sie durch die Abtretung übergegangenen Recht des Geschädigten

H. gemäß §§ 7 StVG, 823, 249 BGB, 115 VVG bejaht.

Im vorliegenden Fall hat der Geschädigte die Klägerin durch die Erteilung der Vollmacht (Anlage K 5) wirksam mit der Wahrnehmung seiner Interessen in Bezug auf die Abwicklung seiner Ansprüche aus dem Verkehrsunfall vom 06.10.2011 beauftragt. Es verstößt weder gegen die §§ 1, 2 BRAO noch ist es gemäß §§ 134, 138 BGB sittenwidrig, wenn ein Rechtsanwalt das Mandat eines Unfallgeschädigten übernimmt, dem er von einer Reparaturwerkstatt empfohlen wurde. Dieser Grundsatz, der von der höchststrichterlichen Rechtsprechung ausdrücklich für die Empfehlung von Autovermietungen postuliert worden ist (vgl. BGH VersR 2006, 2910 ff.), kann uneingeschränkt auf Empfehlungen von Reparaturwerkstätten übertragen werden. Eine abweichende Beurteilung in Bezug auf eine mögliche Sittenwidrigkeit des Mandates bedarf deshalb jeweils der Feststellung weiterer Anhaltspunkte, aus denen sich ergibt, dass der Rechtsanwalt in gewolltem Zusammenwirken mit dem Empfehlenden tatsächlich auf dessen Veranlassung und in dessen Interesse tätig werden sollte, bzw. tätig geworden ist, und nicht etwa auf Veranlassung und im Interesse des ihn bevollmächtigenden Geschädigten (vgl. BGH a.a.O.).

Die Beklagte hat zwar derartige Anhaltspunkte vorgetragen, wonach "die Familie H. " von der Beauftragung der Klägerin keine Kenntnis gehabt habe und diese auch nicht gewünscht habe, dass die gesamte Schadensabwicklung über die vermittelnde Reparaturwerkstatt erfolgt sei, und dass es gar keinen (persönlichen) Kontakt zwischen dem Geschädigten und der Klägerin gegeben habe. Sie hat den Beweis für diese Behauptungen jedoch nicht erbracht. Im Gegenteil: Der

Zeuge H hat im Rahmen seiner in der Berufungsinstanz erfolgten Vernehmung bekundet, dass er sich, wenngleich auf Empfehlung der Reparaturwerkstatt, ganz bewusst für die Klägerin als Rechtsbeistand entschieden habe, weil er sich von ihrer Zusammenarbeit mit der Reparaturwerkstatt Vorteile erhofft habe. Er hat darüber hinaus angegeben, dass es im weiteren Verlauf der Unfallabwicklung Kontakt zu der Klägerin gegeben habe, weil sich die Schadensregulierung verzögert habe, und hierbei unter anderem eine Inanspruchnahme der eigenen Kaskoversicherung zur (Vor-)Finanzierung der Reparaturkosten von der Klägerin zur Beschleunigung der Reparatur vorgeschlagen worden sei. Er hat auch bestätigt, dass die Klägerin bei der Beklagten für ihn die Wertminderung in Höhe von € 900,00 geltend gemacht habe, die dann direkt an ihn ausgezahlt worden sei.

Nach den Angaben des Zeugen H kann nicht davon ausgegangen werden, dass die Klägerin, auch wenn sie der Reparaturwerkstatt über ihren Internetauftritt möglicherweise sogenannte "Stapelvollmachten" und anderweitige Informationen zur Schadensregulierung zukommen lässt, im konkreten Fall nicht auf Veranlassung und im Interesse des Geschädigten tätig geworden ist. Allein die Tatsache, dass die Geltendmachung der Reparaturkosten naturgemäß auch im wirtschaftlichen Interesse der reparierenden Werkstatt liegt, steht dem nicht entgegen. Soweit der Zeuge H bekundet hat, dass er es so empfunden habe, dass die Klägerin mehr die Interessen des Autohauses als die seinigen vertreten habe, konnte er hierfür keine konkreten Anhaltspunkte bzw. Beispiele nennen. Dass der Zeuge H letztendlich mit der Tätigkeit der Klägerin unzufrieden gewesen ist, steht dem Anspruch auf Erstattung vorprozessualer Rechtsanwaltskosten, der auf die Klägerin übergegangen ist, nicht entgegen.

Soweit die Beklagte mit Schriftsatz vom 09.09.2013 einwendet, dass eine wirksame Bevollmächtigung der Klägerin durch den Zeugen H daran scheitere, dass dieser nicht Eigentümer des Fahrzeugs gewesen sei, ist dieses in rechtlicher Hinsicht unzutreffend. Denn der Zeuge H war im konkreten Fall unstreitig Besitzer des Fahrzeugs und damit (auch) Geschädigter.

Die Kostenentscheidung folgt aus § 97 Abs. 1 ZPO. Die Entscheidung über die vorläufige Vollstreckbarkeit beruht auf § 708 Nr. 10, 713 ZPO, § 26 Nr. 8 EGZPO.

Es liegt kein Grund für die Zulassung der Revision gemäß § 543 Abs. 2 ZPO vor.

Becker  
Vorsitzender Richter  
am Landgericht

Petzold  
Richter  
am Landgericht

Kettelhut  
Richter  
am Landgericht